

Markus Marterbauer: Mit Skoda für Bescheidenheit im Regierungsgeschäft!

Markus Marterbauer wählt einen Skoda als Dienstwagen, um Bescheidenheit zu demonstrieren. Was bedeutet das für die Regierung?



Österreich - Der SPÖ-Politiker Markus Marterbauer sorgt mit seiner Entscheidung für einen Skoda als Dienstwagen für Aufsehen. Laut **exxpress.at** möchte Marterbauer mit diesem Schritt ein Zeichen für Bodenständigkeit und Bescheidenheit setzen. Sein monatlicher Leasingpreis von 900 Euro macht den Skoda jedoch teurer als die Dienstwagen vieler anderer Regierungsmitglieder, die sich für luxuriösere Modelle entschieden haben.

Im Vergleich zu anderen Regierungsdienstwagen zeigt sich, dass Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) einen Audi A8 für etwa 600 Euro im Monat fährt, während seine Parteikollegin, Staatssekretärin Elisabeth Zehetner, einen Audi A6 für 570 Euro

nutzt. Verkehrsminister Peter Hanke (SPÖ) hat ebenfalls einen Audi A8, der mit 700 Euro monatlich zu Buche schlägt. Die Differenz in den Leasingkosten stellt eine beachtliche Diskrepanz dar.

Budgetgrenzen für Dienstwagen

Die finanziellen Rahmenbedingungen für Dienstwagen sind in den letzten Jahren immer wieder angepasst worden. Ab 2024 dürfen Bundesminister Dienstwagen bis zu einem Wert von 105.000 Euro bestellen, was eine Erhöhung im Vergleich zu 83.000 Euro im Jahre 2023 darstellt, wie **auto-motor-und-sport.de** berichtet. Diese Preiserhöhungen sollen nicht nur dem Marktangebot Rechnung tragen, sondern auch die Umstellung auf Elektromobilität fördern.

Für Staatsminister und Beamte der Besoldungsgruppe 11 wurde die Budgetgrenze ebenfalls um 21.000 Euro erhöht, was mehr Spielraum bei der Auswahl von Dienstwagen bietet. Für ranghohe Beamte der Besoldungsgruppen B10 und B9 liegt das Limit nun bei 72.000 Euro, was eine signifikante Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren darstellt. Dabei sind die Preisobergrenzen planerische Größen, die keine Rückschlüsse auf tatsächliche Ausgaben zulassen.

Kritik an Dienstwagenprivilegien

Das Dienstwagenprivileg steht zunehmend in der Kritik. Die geplanten Änderungen, die 2025 in Kraft treten sollen, betreffen viele Nutzer von Verbrennern und Plug-in-Hybriden. Bis 2024 gilt noch die 0,25-Prozent-Regelung für Elektro-Dienstwagen bis zu einem Listenpreis von 70.000 Euro, die im nächsten Jahr auf 95.000 Euro angehoben wird. Plug-in-Hybride profitieren derzeit von einer 0,5-Prozent-Regelung, sofern bestimmte Kriterien erfüllt werden, berichtet **fuhrpark.de**.

Die neue Regelung sieht vor, dass die elektrische Mindestreichweite für Plug-in-Hybride ab 2025 auf 80 Kilometer

steigt. Fahrzeuge, die diese neuen Kriterien nicht erfüllen, werden dann nach der regulären 1-Prozent-Regelung versteuert. Darüber hinaus wird das Inkrafttreten des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes im Januar 2025 die Standards für Ladeinfrastruktur erheblich verändern.

Die aktuelle Regelung, die vor allem oberen Einkommensschichten zugutekommt, ist umstritten. Über 60 Prozent der Dienstwagennutzer verfügen über ein Bruttoeinkommen von mehr als 80.000 Euro, was Fragen zur sozialen Gerechtigkeit aufwirft. Kritiker der Regelung argumentieren, dass sie Anreize für den Erwerb schwerer Fahrzeuge schafft, was den CO₂-Ausstoß erhöht und dem Klimaschutz entgegenwirkt.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Österreich
Quellen	• exxpress.at • www.auto-motor-und-sport.de • www.fuhrpark.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)